

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **83 (1996)**

Heft 12: **Erweiterte Lernformen : was tut die Lehrerin, wenn die Schülerin lernt?**

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blickpunkt Kantone

Aargau

Weiterbildung mit dem Erziehungsdirektor

Die 16 Leiterinnen und Leiter der kantonalen Schulen und eine Vertretung des Erziehungsdepartementes (ED) nahmen unter der Leitung von Erziehungsdirektor Peter Wertli an einem zweitägigen Seminar teil. Verwaltung und Schulleitungen beschäftigten sich im Rahmen dieser Weiterbildung mit drei Reformen im Bildungsbereich: Projektleiter Dr. Edgar Knecht (Rektor Kantonsschule Baden) orientierte über die Umsetzung des Maturitätsanerkennungs-Reglementes (MAR), Prof. Dr. Eduard Bohren stellte als Direktor der HTL Brugg-Windisch die vorbereitete Entwicklung seiner Schule zur Fachhochschule dar, und Prof. Dr. Rudolf Künzli, Rektor des Didaktikums Aarau, referierte über die Veränderungen des Lehrberufes am Beispiel der neuen Ausbildung für Sekundar- und Reallehrkräfte (Sereal). In Plenumsdiskussionen und Arbeitsgruppen diskutierten die ED-Vertretung und die Schulleiter Gemeinsamkeiten und Probleme bei der Realisierung dieser Reformen.

Pressemitteilung

Sozialen Auftrag neu formuliert

Das «Leitbild des behinderten Menschen» von 1994 ist nicht mehr zeitgemäss: Seine Überarbeitung führte zu einem neuen Grundlagenpapier, das nun in die Vernehmlassung geht. Inhalt des Papiers: Der soziale Auftrag des Kantons Aargau in den Bereichen Sonderschulung, Heime und Suchthilfe-Institutionen. Im Kanton gibt es 92 privatrechtliche, 27 öffentlichrechtliche und eine von einer Privatperson betriebene soziale Institution. Das Grundlagenpapier soll im Jahr 2001 greifen.

⟨AT⟩, 19.9.96

Baselland

Rektoren sollen in Schulen mehr zu sagen haben

Einschneidende Veränderungen für die Volksschule schlägt der Regierungsrat dem Landrat vor. Die Vorschläge sehen nicht nur Verschiebungen zwischen Kanton und Gemeinden vor. Auch Schulleitung, -pflege und -inspektorat müssten sich auf ganz neue Aufgaben gefasst machen. Die Rektorinnen und Rektoren würden demnach zu Vorgesetzten ihrer Kollegen – mit weitreichenden Befugnissen.

schweizer schule 12/96

Erhalten die Vorschläge den Segen von Volk und Parlament, so stehen insbesondere im Schulwesen grosse Veränderungen an. In seiner Vorlage rüttelt der Regierungsrat nämlich an einigen Felsen, die seit Jahrzehnten unantastbar schienen. Beinahe zur Nebensache wird da, dass der Kanton Träger der Realschulen werden soll; das ist in der Vernehmlassung von allen Seiten begrüsst worden.

⟨BaZ⟩, 22.8.96

Lehrerprotest

In einem Communiqué nimmt der Lehrerinnen- und Lehrerverband Baselland (LVB) Stellung zur aktuellen Diskussion um das neue kantonale Bildungsgesetz. Der in die Öffentlichkeit getragenen Kontroverse über die Projektarbeit an einem neuen Bildungsgesetz würden zwei Konfliktpunkte zugrunde liegen, heisst es in dem Schreiben: Zum einen die umfassende Verschlechterung der Anstellungs- und Arbeitsbedingungen, die – analog zu anderen Berufen – bereits seit Jahren laufe und die in den nächsten Jahren noch viel deutlichere Formen annehmen werde. Konkret gehe es in diesem Fall um die mögliche Einführung von kommunal unterschiedlichen Lohnzulagen für Lehrpersonen, aber auch um fundamentale Änderungen von Amtsauftrag und Arbeitszeit, von Klassenbildung, der Formulierung von Leistungsaufträgen, der Mitsprache und Mitwirkung der Schulleitung und der Aufsicht und Steuerung des Schulwesens. Es geht aber auch um die Verkürzung der Gymnasialdauer – und bald einmal um die Diskussion über die Privatisierung des Schulwesens.

⟨BaZ⟩, 14.9.96

Bern

Lehrerarbeitslosigkeit nimmt wieder zu

Wie unschwer vorauszusehen war, steigen die Zahlen der arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wieder. Das laufende Assistenzprojekt startete mit Rekordbestand. BLV/SEB und Erziehungsdirektion sind am Planen von weiteren Massnahmen.

Was angesichts des Pensensabbaus an der Volksschulstufe auf Beginn des Schuljahres vorauszusehen war, zeichnet sich in der Tendenz bereits stark ab:

Rekordstand in der Lehrerarbeitslosigkeit?

Diese Frage drängt sich angesichts des sonst nicht üblichen Anstieges der Zahlen per Ende Juli auf: von 369, En-

de Juni, auf 492; also rund ein Drittel mehr. Anteilmässig am stärksten betroffen sind die Kindergärtnerinnen; neu sind 70 ganz- und 29 teilarbeitslos. Gemessen an den Amtierenden macht das 8,4 Prozent aus. Damit liegt ihre Arbeitslosenquote weit über dem kantonalen und dem schweizerischen Mittel.

Gefolgt werden die Kindergärtnerinnen von den Primarlehrkräften. Hier erfolgte ein Anstieg um 90 auf 206, davon 133 Ganzarbeitslose.

Noch sind die Rekordzahlen nicht erreicht: bei den Kindergärtnerinnen war dies im Oktober 1994 mit total 144 (51 ganz-, 63 teilarbeitslos); bei den Primarlehrkräften im Oktober 1993 mit total 278 und 207 Ganzarbeitslosen.

Es ist unschwer vorauszusagen, dass vor allem bei den Primarlehrkräften im August ein weiterer Anstieg erfolgen wird.

BS/EB 15

Sechstklässler beklagen sich

Kaum eine Neuerung im bernischen Schulwesen hat bei den Erwachsenen eine dermassen heftige Protestwelle ausgelöst wie das neue Übertrittsverfahren in die Sekundarschule. Wie haben aber die letztjährigen Sechstklässler das Prozedere erlebt? Eine von der pädagogischen Kommission des Bernischen Lehrerinnen- und Lehrervereins durchgeführte Umfrage liegt nun ausgewertet vor. Nach ihrer Meinung befragt wurden Schülerinnen und Schüler aus neun Klassen der Region Bern. Der Umfrage zufolge lagen den Schulkindern vor allem die beiden Vergleichsarbeiten – sie finden jeweils an einem Tag im November sowie im Januar statt – schwer auf dem Magen: So gaben 22 Prozent an, unter psychischen und physischen Problemen wie Bauchweh, Schlafstörungen oder Nervosität gelitten zu haben. 35 Prozent empfanden Aufgaben als «mühsam und stressig» oder «total daneben». Die Vergleichsarbeiten problemlos überstanden haben demgegenüber 32 Prozent der befragten Sechstklässler. Während 76 Prozent sich eine andere Beurteilungsart für die Zuteilung in die Sek gewünscht hätten, plädierten offenbar bloss 16 Prozent für die Beibehaltung der Vergleichsarbeiten.

Graubünden

Frühitalienisch in Graubünden

Ab dem Schuljahr 1999/2000 wird das Italienische in den deutschsprachigen Schulen Graubündens von der vierten Klasse an zum Pflichtfach. Der Bündner Grosse Rat hat die entsprechende Teilrevision des Schulgesetzes am Montag mit 92 zu 1 Stimme zuhanden der Volksabstimmung verabschiedet. Der dreisprachige Kanton Graubünden ist der

letzte Stand, der das Obligatorium flächendeckend einführt. In deutschsprachigen Primarschulen wird das Italienische ab der vierten Klasse während mindestens dreier Jahre und damit bis zur sechsten Klasse obligatorisch. Anstelle des Italienischen können deutschsprachige Gemeinden auch das Romanische zum Pflichtstoff erklären.

⟨sda⟩, 7.10.96

Solothurn

Nein zu Schulgeldern im Kanton Solothurn

Der Kanton Solothurn bleibt beim unentgeltlichen Schulbesuch auch in der nachobligatorischen Schulzeit, und er kann für den Besuch von Freikursen und den Instrumentalunterricht an den Kantonsschulen keine höheren Gebühren erheben. Die von den Sozialdemokraten bekämpfte «Änderung des Gesetzes über die Kantonsschule Solothurn» wurde bei einer Stimmbeteiligung von nur 21,1% mit 19 793 (58,4%) gegen 14 087 Stimmen verworfen. Damit entgehen dem Kanton Mehreinnahmen von 700 000 Franken, die er im Bereich des Projekts «Schlanker Staat» realisieren wollte. Finanzdirektor Christian Wanner führt die Verwerfung auf das ungünstige Umfeld im Zusammenhang mit der Kantonalbankaffäre zurück; es sei heute für den Staat schwierig, von den Leuten mehr Geld zu verlangen.

⟨NZZ⟩, 23.9.96

Tessin

Tessiner Wirtschaft braucht mehr Deutschkundige: Die Schule reagiert

Ab dem Schuljahr 1997/98 sollen die Schülerinnen und Schüler der Tessiner Oberstufenklassen eine Stunde mehr Deutsch büffeln, dafür wird ihnen eine Unterrichtsstunde Französisch erlassen. Ein differenziertes Kurssystem aus Basis- und Zusatzkursen in den Fächern Mathematik und modernen Fremdsprachen soll zudem dem individuellen Bedarf der Schülerinnen und Schüler besser als bisher gerecht werden. Zusätzlich wird in diesen Klassen die Betragennote wieder eingeführt. Zum Trost dafür müssen die «allievi» aber eine Stunde pro Woche weniger die Schulbank drücken.

⟨BaZ⟩, 1.10.96

Zug

Ultimatum für Rektor

Jürg Iten ist nicht mehr Rektor des Zuger Untergymnasiums. Falls er bis Ende Oktober nicht aus der Universalen

Kirche austritt, wird er auch seine Stelle als Musiklehrer verlieren.

Eine Mitgliedschaft bei der Universalen Kirche (UK) sei «mit der Tätigkeit als Lehrer an der Kantonsschule Zug nicht vereinbar», sagte Erziehungsdirektor Walter Suter. Jürg Iten habe bis Ende Oktober Zeit, sich mit seinem Austritt aus der Glaubensgemeinschaft «klar von den antisemitischen Verlautbarungen» zu distanzieren. Andernfalls werde der Regierungsrat ihm auf Ende des Schuljahres 1996/97 kündigen und Iten auch als Lehrer sofort freistellen. Bereits zurückgetreten ist der 54jährige Iten als Rektor des Untergymnasiums und als Mitglied der Schulleitung – «in gegenseitigem Einvernehmen und mit sofortiger Wirkung», wie Suter erklärte.

⟨TA⟩, 28.9.96

Zürich

Primarschul-Französisch kein Flop

Nach Ansicht der Regierung ist das Frühfranzösisch kein Flop. Zumindest hätten sich die Leistungen der Schulabgänger seit seiner Einführung vor sechs Jahren nicht verschlechtert.

Der Regierungsrat widerspricht damit der Kritik, die Französischkenntnisse seien heute am Ende der Oberstufe «eher geringer» als früher. Er stützt sich dabei auf ein Urteil der Handelsschule des Kaufmännischen Verbands Zürich, wonach sich die «kommunikative Kompetenz» der Schulabgänger verbessert habe.

⟨TA⟩, 13.9.96

Marlis Küng

Schlaglicht

Die gut Gebildeten bilden sich weiter

In der Schweiz bilden sich vor allem jene Menschen weiter, die bereits über eine fundierte Ausbildung verfügen. Die berufliche Weiterbildung ist dabei viel stärker eine Domäne der Männer als der Frauen. Personen mit einem hohen Bildungsgrad nehmen dreimal häufiger an Weiterbildungskursen und fünfmal mehr an beruflich orientierten Kursen teil als Personen ohne nachobligatorische Ausbildung (⟨Neue Luzerner Zeitung⟩, 19. Oktober 1996).

Ich sehe ein, dass statistisches Zahlenmaterial Fakten und Prozentsätze hervorbringen muss, mit deren Hilfe gesellschaftliche Veränderungen wahrgenommen werden können. Die Art und Weise der Übersetzung der Daten in die Sprache bedarf aber grösserer Sorgfalt.

Kurznachrichten sind gefährlich, weil sie komplexe Sachverhalte reduzieren. Jene erleichtern zwar den Leserinnen und Lesern das Aufnehmen der Information, verstellen ihnen aber gleichzeitig den Blick für neue Zusammenhänge. Der Transfer von Prozentzahlen in Sprache schafft Ungenauigkeiten und gibt Lesenden das Gefühl, genau zu wissen, wie viele Männer und Frauen sich aus beruflichen oder «nichtberuflichen» Gründen weiterbilden. Die Verbreitung statistischen Materials über die Medien ist wichtig, weil Daten aufklären und auf Notstände hinweisen. Nur müssten die Zeitungen achtsamer sein und gleichzeitig auch Ursachen differenziert und in verständlicher Sprache erläutern, die hinter Zahlen stehen. Denn das schläckt e kei Geiss ewegg, dass i de Schwiiz de gröschti Teil vo de Fraue die ganz Huushaltarbet und Chenderbetreuiig mached.